

21. April 53

Bern, den 21. April 1953.

Wf
s.B.31.22.1.Cha.O. - HW/LU.

Herrn Nationalrat René BUEHLER,
U z w i l (St. Gallen).

Sehr geehrter Herr Nationalrat,

Ich nehme Bezug auf unsere Besprechung vom 26. März betreffend unsere Beziehungen mit China und teile Ihnen nach Fühlungnahme mit dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement folgendes mit:

Die chinesische Regierung hat durch ihre Nationalisierungspolitik die Tätigkeit der ausländischen Unternehmungen in China systematisch lahmgelegt und zwar soweit, dass viele unter ihnen gezwungen waren, Mittel aus dem Ausland zu beziehen, um ihre allgemeinen Unkosten zu decken. Indem sie die Konsequenzen aus dieser Lage gezogen hat, teilte die britische Regierung der chinesischen Regierung, wie Sie wissen, im April 1952 mit, dass alle grossen britischen Handelsgeschäfte in China daran gingen, ihre Unternehmungen zu liquidieren. Der Beschluss wurde von den Interessenten selbst getroffen, ohne dass irgendein Druck von Seiten der britischen Behörden ausgeübt worden wäre.

Die Stellung der schweizerischen in diesem Lande niedergelassenen Firmen war im Vergleich zu derjenigen der englischen in einem gewissen Sinne privilegiert, und zwar insofern, als unsere Gesandtschaft, wenn sie auch nicht in der Lage war zu verhindern, dass deren Tätigkeit durch die Nationalisierungsmassnahmen - welche darauf hinzielten, alle privaten ausländischen oder chinesischen Unternehmungen nach und nach aus dem Wirtschaftsverkehr auszuschliessen - beeinträchtigt wurde, ihnen einen wirksameren Schutz zusichern konnte.

Den interessierten schweizerischen Kreisen stellte sich aber dessen ungeachtet die Frage, welche Stellung sie angesichts dieser immer schwieriger werdenden für unsere Handels- und Industrieunternehmungen mit grossen Kosten verbundenen Situation beziehen sollten. Die Schweizerische Handelskammer in Shanghai, inspiriert von ihrem Präsidenten Herrn Britt, schlug daraufhin zwei Lösungen vor, welche es erlauben würden, unsere Handelsbeziehungen mit China aufrechtzuerhalten:

./Va

Kopie für Frä. Trentini gemacht.

Dodis



- 2 -

- in erster Linie die Gründung eines halboffiziellen "Pools" durch die schweizerischen Häuser, welcher die Unterstützung der schweizerischen Behörden gehabt hätte; und, als letzte Lösung, wenn dieser Plan undurchführbar wäre:
- den Rückzug dieser Häuser nach Hongkong, von wo sie neue Handelsbeziehungen mit China aufgebaut hätten.

Diese Projekte wurden von unserm Generalkonsul in Shanghai, Herrn Koch, der Ständigen Wirtschaftsdelegation anlässlich seines Besuches in der Schweiz im Jahre 1952 vorgelegt.

Es liegt auf der Hand, dass es nicht Sache schweizerischer Behörden war, einen Entschluss in dieser Angelegenheit zu fassen. Es wurde deshalb vereinbart, die interessierten Kreise zu befragen. Die entsprechenden Verhandlungen fanden im Juni 1952 im Rahmen einer Sitzung in Zürich statt. Es nahmen daran teil: Herr Dr. H. Homberger, Delegierter des Vororts als Vorsitzender, Herr Minister M. Troendle, Delegierter für Handelsverträge, und Herr Koch, Schweizerischer Generalkonsul in Shanghai. Ohne den Ernst der Lage zu verkennen, glaubte die Mehrzahl der Teilnehmer dieser Versammlung die Vorschläge der Schweizerischen Handelskammer in Shanghai nicht berücksichtigen zu können, und es wurde nach Abschluss der Diskussion vereinbart, dass jede schweizerische Firma ihre Interessen weiterhin selbst zu verteidigen habe, während unsere Gesandtschaft in Peking, wie bisher, von Fall zu Fall zugunsten der Unternehmungen intervenieren würde, die ihre Unterstützung in Anspruch nehmen möchten.

Seither hat sich die Lage noch verschlechtert, und mehrere unter den Schweizerfirmen, die noch im letzten Jahr Geschäfte tätigten oder vorgesehen hatten, ihre Aktivität im Rahmen des Möglichen weiterzuführen, haben sich nun entschlossen, ihren Betrieb einzustellen.

Im Verlaufe der Unterredungen, die unser Gesandter in Peking kürzlich mit der Schweizerischen Handelskammer in Shanghai hierüber geführt hat, wurde im Einvernehmen mit den Interessenten beschlossen, dass unsere Gesandtschaft neue Schritte beim Aussenministerium unternahme, einmal um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen, welche allgemein die Liquidation unserer Unternehmungen erschweren, und andererseits um die Gewährung von Ausreisevisa für deren Personal zu erleichtern. Sobald es die Verhältnisse gestatten, würde unsere diplomatische Vertretung sodann die Diskussion in bezug auf die noch hängigen Spezialfälle mit den chinesischen Behörden wieder aufnehmen.

- 3 -

Seit dem vergangenen Jahr war also nicht mehr davon die Rede, die Vorschläge des Herrn Britt wiederzuerwägen. Ich füge bei, dass der Grund, weshalb seine Anregungen kein Gehör fanden, wohl hauptsächlich darin zu suchen ist, dass unsere Industriellen zu sehr Individualisten sind, als dass sie sich zu einer gemeinsamen Aktion entschliessen könnten.

Was das von Herrn Britt in Aussicht genommene Vorgehen anbelangt, ist es nötig zu sagen, dass dieses dem gesteckten Ziel zuwiderliefe?

Andererseits scheint es mir, im Interesse unserer derzeitigen Interventionen nicht unwichtig zu sein, die Regierung der Volksrepublik China indirekt wissen zu lassen, dass sich die schweizerischen parlamentarischen Kreise für den Stand unserer Handelsbeziehungen mit diesem Land und für die Lage der noch dort ansässigen Filialen schweizerischer Unternehmen interessieren. Eine Interpellation stünde aber nach meiner Ansicht in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Angelegenheit. China ist nicht das einzige Land, in dem unsere Mitbürger Schwierigkeiten gegenüberstehen, und ich sehe keinen Grund, dem vorliegenden Problem mehr Aufmerksamkeit zu schenken als denjenigen, welchen wir in andern Teilen der Welt begegnen. Eine kleine Anfrage scheint mir also eher am Platz; wenn Sie in diesem Punkte mit mir einig gehen, so würde ich Ihnen den folgenden Text hierfür vorschlagen:

"Ist es dem Bundesrat in Anbetracht der in den letzten Jahren in China eingetretenen Ereignisse und der Neuorientierung der chinesischen Wirtschaft möglich, einen Bericht über die Lage der in China lebenden Schweizer, über die zu deren Gunsten unternommenen Schritte sowie über den Stand unserer Wirtschaftsbeziehungen mit diesem Lande abzugeben?"

Indem ich Ihnen dafür danke, dass Sie mir diese Angelegenheit unterbreitet haben, entbiete ich Ihnen, sehr geehrter Herr Nationalrat, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Max Petitpierre